

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.
Schalterhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6550-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: Nr. 120. — in den Ausgabestellen: Nr. 125. — durch die Träger ins Haus gebracht: Nr. 130. — monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Lieferungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Winkelpreise: Örtliche Anzeigen Nr. 20. — Finanz- und Wirtschaftsanzeigen Nr. 30. — auswärtige Anzeigen Nr. 35. — örtliche Kleinanzeigen Nr. 40. — auswärtige Kleinanzeigen Nr. 45. — für die einseitige Aufnahme oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Laubacherstraße 35, Fernsprecher: Umland 3186.

Nr. 481.

Freitag, 27. Oktober 1922.

70. Jahrgang.

Die neuen Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Am Sonntagabend werden die führenden Mitglieder der Reparationskommission Paris verlassen und sich nach Berlin begeben, um sich an Ort und Stelle von der schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu überzeugen. Die Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden demnach nicht vor Dienstag beginnen und etwa 8 bis 14 Tage dauern. Der Beschluss, sich nach Berlin zu begeben, wurde in der Reparationskommission einstimmig gefasst, da auch Barthou in den Verhandlungen zu der Überzeugung gekommen war, daß einige der in seinem Projekt enthaltenen Vorschläge sich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Man fasste daher zunächst den Entschluß, mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark führen sollen. An die in Aussicht genommenen Verhandlungen heute schon irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen, erscheint uns ebenso falsch, wie sie von vornherein als aussichtslos zu bezeichnen. Es kann darin ein Anzeichen dafür liegen, daß man nicht mehr einseitig diktieren will, und die Börse hat denn auch auf die ersten Nachrichten über diese Reise im günstigen Sinne reagiert. Ganz zweifellos ist der Entschluß der Reparationskommission aber auch ein Beweis dafür, daß man auch auf Seiten der Alliierten die Lage Deutschlands als außerordentlich ernst ansieht. Nicht ohne Einfluß dürfte ferner die von belgischer Seite verfolgte Anschauung gewesen sein, daß man mit den Berliner Verhandlungen des Garantienkomitees günstige Erfahrungen gemacht hat, sowie der Hinweis darauf, daß es im zweiten Vierteljahr 1922 gelungen war, den deutschen Haushalt einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Wenn nun die Reparationskommission Untersuchungen darüber anstellen wird, warum später dieser Haushalt wieder völlig in Unordnung geraten ist, so wird sie hoffentlich nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Erzwingung der Bezahlung der Ausgleichszahlungen, die bekannten „Retorsionen“, die erreichte kurze Atempause störte und sich in denkbar ungünstiger Weise auswirkte. Sie wird dann auch sicher nicht verkennen können, daß eine Erfüllung der neuen Kohlenforderungen, durch die Deutschland monatlich über 200 000 Tonnen Kohlen mehr als bislang liefern mußte, unmöglich ist. Denn schon die jetzigen starken Lieferungen an die Entente zwingen Deutschland, monatlich nicht weniger als 8 bis 9 Milliarden für den Bezug ausländischer Kohle aufzuwenden, um Eisenbahn und Industrie aufrechtzuerhalten. Daß die Aufbringung einer solchen Riesensumme nicht ohne Einfluß auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands bleiben kann, ist ohne weiteres einleuchtend.

Durch die Berliner Reise der Reparationskommission ist nun zunächst auch der Streit um den Plan Braburns und die Gegenvorschläge Barthous vertagt. Vielleicht wird das den Franzosen nicht ganz unerwünscht sein, da ihre Haltung bei den anderen Alliierten zumeist abfällig beurteilt wurde. Selbst die Belgier, die zunächst nach Redungen des „Temps“ von dem Plan Barthous enttäuscht sein sollten, haben die französischen Pläne einer Kritik unterzogen, die alles andere als Entzücken verriet, und einen Standpunkt vertreten, der dem französischen ziemlich entgegengekehrt war. Es war ein sensationelles Ereignis, als der belgische Premierminister Theunis in der Kammerkommission aufstand und erklärte, der Marktzug habe den Beweis erbracht, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit überschätzt worden sei, und es sei notwendig, die Reparationsbestimmungen zu revidieren und die Schuldsomme herabzusetzen.

Argente Enttäuschungen aber haben die Franzosen auch bei ihren englischen Freunden erleben müssen. Sogar der in Frankreich sehr beliebte Lord Derby, den die Franzosen gern an der Spitze des neuen englischen Kabinetts gesehen hätten, hat zu verstehen gegeben, daß Frankreich in der Reparationsfrage auf einige seiner Hoffnungen verzichten müsse, und daß man die Frage so erledigen müsse, daß Deutschland in der Regelung ein Mittel erblide, selbst einer Katastrophe zu entgehen. Er hat damit etwa den gleichen Ton angeschlagen wie Lord Robert Cecil, der einem Vertreter des „Matin“ erklärte, Frankreich müsse Opfer bringen, denn man könne nicht 60 Millionen Menschen durch fortgesetzte Drohungen peinigen. Es ist bezeichnend, daß unmittelbar nach der Übernahme der englischen Regierung durch die Konservative zwei prominente konservative Staatsmänner so scharfe Mahnungen an Frankreich ergingen lassen. Für den Weg, der nach Brüssel führen soll, sind das immerhin recht beachtenswerte Zeichen.

Die deutsche Regierung hat nun von sich aus ebenfalls einen Versuch unternommen, die schwierige Frage der Markstabilisierung zu fördern durch eine Konferenz ausländischer Sachverständiger. Es muß ausdrücklich betont werden, daß diese Konferenz bereits beschlossen war, ehe sich die Reparationskommission zu ihrer Berliner Reise entschloß. Da auch diese Verhandlungen in Kürze beginnen sollen, werden sich vermutlich die ausländischen Finanzfachverständigen in Berlin mit den Mitgliedern der Reparationskommission treffen. Man kann nur hoffen, daß dadurch die Beratungen gefördert werden und daß es nicht bei leeren Konferenzbeschlüssen bleibt, sondern daß wirklich Maßnahmen getroffen werden, die Deutschland vor dem Rufersten bewahren.

Jedenfalls stehen wir wieder einmal vor schicksalsschweren Tagen. Die Lage ist so schlimm, wie noch niemals zuvor. Die Aussichten für die kommenden Monate sind schwärzer, als die öffentliche Meinung auch nur im entferntesten ahnt. Wir kennen den alten Zusammenhang Marktentwertung, Preissteigerung, Zurückbleiben der Einkommen hinter der Preissteigerung, Aufhebung der noch vorhandenen Vermögen, Einschränkung, Entbehrung, Not. Aber obwohl wir diese Kette kennen und darum schon geneigt sind, gleichgültiger gegen ihre endlose Wiederholung zu werden, haben wir doch keine Ahnung von der rasenden Schnelligkeit und dem unerhörten Ausmaß, in dem sich diese Entwicklung nach menschlichem Ermessen in den nächsten Monaten weiter vollziehen muß. Das Tempo der Preissteigerungen, die jedermann am eigenen Leibe spürt, hat sich schon in den letzten Monaten beinahe verdoppelt. Trotzdem ist das allgemeine Preisniveau heute noch nicht höher, als es einem Dollarstande von 1200 bis 1600 entspricht. Die Mark ist aber, während diese Entwertung im Innern vor sich ging, am Weltmarkt mit noch weitaus größerer Rapidität entwertet worden. Der valutemäßige Kurs des Dollars beträgt rund 4500 M., so daß wir vor der Gewissheit stehen, daß bis Jahresende das allgemeine Preisniveau in Deutschland mindestens eine Verdreifachung erfahren wird. In einzelnen Warenarten und Dienstleistungen wird die Steigerung sogar noch erheblich größer sein. Die Eisenbahntarife z. B., die schon am 1. Oktober verdoppelt wurden, werden vom 1. Dezember ab das Vierfache der Oktoberhöhe erreichen, ebenso ist mindestens mit einer Verdreifachung des Brotpreises zu rechnen und in einzelnen anderen Lebensmittelsorten dürfte der Auftrieb der Preise noch rascher vor sich gehen. Die Bedürfnisse des Staates wachsen von Tag zu Tag. Der vor Monaten aufgestellte Voranschlag des Reichshaushalts ist zu einer Karikatur des wirklichen Verbrauchs geworden und es ist ein Rätsel, wie die Mittel aufgebracht werden sollen, wenn die Steuerlast nicht wieder erhöht wird, was aus anderen Gründen aber ebenfalls undurchführbar ist. Mit einem Wort: Private und Staat stehen vor einer Katastrophe, deren Schrecken noch dadurch verstärkt wird, daß der Beschäftigungsgrad von Handel und Industrie nachläßt und daß die Möglichkeit, das gewaltige Heer unserer industriellen Arbeiterschaft dauernd mit Werkgelegenheit zu versorgen, immer schwächer wird!

Die Hauptverhandlungspunkte.

D. Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin werden, wie der „Temps“ erfährt, wahrscheinlich am kommenden Dienstag beginnen. Sie werden nicht nur mit den Vertretern der deutschen Regierung, sondern auch mit Vertretern der deutschen Industrie- und Handelswelt geführt werden. Die Hauptverhandlungspunkte werden sein: Die Finanzreform, die interalliierte Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches; die Maßnahmen der deutschen Regierung gegen die Kapitalflucht, die Devisenpekulation und die Stabilisierung der Mark.

Es wird gemeldet, Reichsminister Dr. Hermes habe die Absicht, der Kommission genaue Vorschläge über die Stabilisierung der Mark vorzulegen. Inzwischen legt die Reparationskommission ihre vertraulichen Berechnungen fort, da die Diskussion über die Projekte Braburns und Barthous noch nicht abgeschlossen ist. Der einzige Punkt, über den bisher Einigkeit erzielt worden ist, ist die Berliner Reise. Der Vermittlungsvorschlag des belgischen Delegierten Delacroix, von dem gestern die Rede war, scheint noch nicht formuliert worden zu sein, und es heißt, daß die Mitteilungen hierüber verfrüht seien. Herr Barthou hatte heute eine längere Unterredung mit Poincaré.

W.T.B. Paris, 27. Okt. (Havas.) Im Verlaufe der gestern nachmittags abgehaltenen offiziellen Sitzung einigte sich die Reparationskommission über ihre Arbeiten während ihres Berliner Aufenthaltes. Der Plan Delacroix wurde nur einer kurzen Diskussion unter-

Das Berliner Programm.

W.T. Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission trat gestern nachmittags zu einer Besprechung über die Punkte zusammen, die in Berlin mit der deutschen Regierung und den deutschen Sachverständigen durchzuführen werden sollen. Nach längerer Debatte einigte man sich schließlich dahin, alle wichtigen Teile aus den Projekten Braburns und Barthous herauszunehmen und zu einem Berliner Programm zusammenzufassen. Nur die Frage des Moratoriums ist ausgeschlossen worden, da man die Entscheidung hierüber der großen Brüsseler Finanzkonferenz überlassen will. Das Programm für die Berliner Besprechungen wird sein: Finanzreform, interalliierte Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen und Stabilisierung der Mark, Schutz gegen Kapitalflucht und Devisenpekulation. Zu diesen Punkten wurde von Delacroix die Einleitung einer interalliierten Kommission in Berlin beantragt und ferner der Wunsch ausgesprochen, die Ergebnisse der Untersuchungen dieser Kommission der Brüsseler Finanzkonferenz zu unterbreiten. Aber die Annahme oder Ablehnung dieses Antrages verläuft bisher noch nichts. Wie wir aber aus gut unterrichteter Quelle erfahren dürfte, falls man eine Entscheidung über den Antrag Delacroix hinausschiebt, die Einleitung einer solchen Kommission nach Rückkehr der Reparationskommission aus Berlin in Aussicht zu nehmen, das heißt überzogen hat, ob es nötig sein wird, eine solche Kommission in Berlin einzurichten oder nicht.

W.T.B. Paris, 27. Okt. (Drahtbericht.) Nach dem „Journal“ wird die französische Delegation der Reparationskommission, die am Sonntag nach Berlin fährt, aus Barthou, Maucière, dem Finanzinspektor Klingt und dem Ingenieur für das Straßenbauwesen Monon bestehen. Die Kommission hat nicht nur die Absicht, die deutsche Regierung zu hören, sondern auch die Mitglieder der Parteien, die Großindustriellen und die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Finanzminister Hermes soll aufgefordert werden, das Projekt auseinanderzulegen, das er zum Stützen der Mark ansetzt. Barthou, der sich lange mit Poincaré unterhalten hat, hofft ebenso wie Braburn, die Richtigkeit seines Standpunktes beweisen zu können. Nach der Rückkehr der Reparationskommission aus Paris wird also vorwiegend der einseitige Kampf spielen, diesen beiden Männern um ihre Projekte zu gewinnen, falls in Berlin nicht schon eine Einigung erzielt worden ist, was bei den gegenteiligen Anschauungen nicht auszumachen ist.

„Petit Parisien“ sagt, Delacroix habe im Laufe der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, ohne die Moratoriumsfrage oder die Brüsseler Konferenz zu streifen, einige Punkte hervorgehoben, über die es nötig sei, Aufklärungen von der deutschen Regierung zu verlangen. Besonders seien die Delegierten darüber einig, von der deutschen Regierung Aufklärung über die Haushaltsverhältnisse Deutschlands und über die von dem Garantienkomitee angeführten Arbeiten zu fordern. Somit würde, wie das Blatt meint, die Frage der Kontrolle indirekt aufgeworfen werden. — Nach dem „Gaulois“ steht der belgische Vermittlungsvorschlag auch die Stabilisierung der Mark vor, jedoch in weit geringerer Höhe als der Vorschlag Braburns. Ferner innere und äußere Anleihen und schließlich die Herstellung des Gleichgewichts im Haushaltsplan durch Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben.

Die neuen Vergarbeiterlöhne.

Br. Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Vergarbeiterlöhne hatten am Montag eine Lohnerhöhung um 100 Prozent und Verdoppelung der sozialen Zulagen beantragt. Die Arbeitgeberverbände lehnten eine solche Erhöhung unter Hinweis darauf ab, daß sich gemäß der Indexziffern lediglich eine Erhöhung um 25 Prozent rechtfertigen lasse. Zur Einlösung mußte vom Reichsarbeitsminister ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Möllendorff eingesetzt werden. Dieses fällte einen Schiedsspruch dahin, daß ab 1. November folgende Lohnerhöhungen eintreten sollen: Für Arbeiter über 20 Jahre eine Zulage um 50 Prozent, von 18 bis 20 Jahren um 40 Prozent und unter 18 Jahren um 30 Prozent. Außerdem wurde die soziale Zulage von 20 auf 40 M. erhöht. Diese Erhöhung der Löhne wird

eine Preissteigerung für Rohle von mindestens 50 Proz. zur Folge haben, durch welche in allen Zweigen der Wirtschaft eine neue Verteuerung eintreten wird. Das Verhängnisvolle an dem hat im Verlaufe nur eine leichte Besserung hervorgerufen, welche ganz verschwindet vor der Gefahr der erhöhten Rohstofflieferungsbedürfnisse der Entente. Eine weitere Schwierigkeit für die Fortführung des Vorhabens ist die Verteuerung des Grubenholzes, welches schon jetzt pro Kubikmeter 22 000 M. kostet, was eine Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis um über das 120fache bedeutet.

Eine Teuerungssaktion der Gewerkschaften.

Br. Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Über einen neuen Vorstoß, den die großen Spinnengewerkschaften der Beamten und Staatsarbeiter gegen die Einkünfte einer neuen Teuerungssaktion unternommen haben, berichtet eine Berliner Korrespondenz folgendes: Die Spitzenorganisationen begaben sich zunächst zum Reichskanzler, um dort ihre Forderungen vorzutragen. Wie es heißt, ist seit den letzten ergebnislosen Verhandlungen im Finanzministerium zwischen den Gewerkschaften und diesem Ressort eine sehr starke Spannung eingetreten. An Stelle des Reichskanzlers, der die Gewerkschaftsvertreter nicht empfangen konnte, nahm Ministerialdirektor a. S. Lienen deren Wünsche entgegen. Er erklärte, im Finanzministerium hielte man die Teuerungssaktion noch für verfrüht und besonders sehr, mittelbar vor den Verhandlungen mit der Reparationskommission. Für vorwiegend auf Grund dieser Ablehnung traten die Spitzenorganisationen gestern nachmittags zu einer erneuten Besprechung zusammen und beschloßen, angesichts der Tatsache, daß die letzte katastrophale Teuerungssaktion in Beamtenkreisen eine sehr starke Erregung ausgelöst habe, noch einmal den Versuch zu machen, den Reichskanzler zu einem Eingreifen zu veranlassen.

Die Besprechungen mit den Parteiführern.

as, Berlin, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Die auf gestern anberaumten Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern gestalteten sich außerordentlich eingehend und währten mit einer kurzen Mittagspause von 11 Uhr vormittags bis nachmittags 5 Uhr. Über den Verlauf der Verhandlungen läßt sich sagen, daß sie auf allen Seiten von dem Willen zur Verständigung getragen waren und daß die Forderungen der Sozialdemokraten nicht den einzigen Gegenstand der Besprechungen gebildet haben. Angefangen vom Reichskanzler bis zum Herrn Dr. Hilferding kamen die Vertreter aller Richtungen ausführlich zu Wort. Die große Linie der Diskussion wurde durch die These gegeben, daß es darauf ankomme, der Macht des Reiches eine größere Aktivität zu verleihen, und zwar sowohl hinsichtlich der inneren deutschen Wirtschaftspolitik wie auch bezüglich der Reparationspolitik. Jedenfalls kann soviel gesagt werden, daß eine Neigung zur Krise auf keiner Seite besteht. Bindende Beschlüsse wurden in der Besprechung noch nicht gefaßt. Man kam nur überein, die längst angekündigten Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung im Laufe des heutigen Tages zu veröffentlichen, nachdem sie vorgestern die Zustimmung der Bankfachverständigen und gestern die der Parteiführer gefunden haben. Nach allem, was vorangegangen ist, darf man annehmen, daß sie zwar auf der Grundlage der Vorschläge des Reichswirtschaftsministers formuliert sind, daß aber infolge der inzwischen gemachten Erfahrungen dieses Ministeriums selbst an seinem ursprünglichen Entwurf nicht unwesentliche Änderungen für nötig halten dürfte und daß ferner diese Tendenz in den Besprechungen mit den Bankfachverständigen höchstens noch unterstrichen worden war. Ob der Wirtschaftsminister Schmidt aus dieser veränderten Lage irgendwelche Konsequenzen ziehen wird, bleibt abzuwarten.

Im einzelnen läßt sich über diese Besprechungen noch sagen, daß der Reichskanzler zunächst in einer einleitenden Ansprache auf die Bedeutung der bevorstehenden Ankunft der ausländischen Währungsachverständigen und der Mitglieder der Reparationsmitglieder hinwies. Diese hochpolitischen Ereignisse hätten ihn bewogen, die angekündigte Erklärung der Reichsregierung im Reichstag nicht abzugeben. Für die Sozialdemokraten vertrat dann Müller-Franken die bekannten Forderungen. Wenn von der Regierung jetzt nichts Durchgreifendes geschehen werde, werde die sozialdemokratische Fraktion in der kommenden Woche nochmals zusammentreten, um sich endgültig über ihre Haltung klar zu werden. Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte dann die Vorschläge, die er zur Verbesserung der Devisenordnung beabsichtigt und die in der Hauptsache auf eine Stützungsaktion der Mark durch Heranziehung des Goldbestands der Reichsbank hinauslaufen. Der Minister erklärte hierbei, daß er, wenn er diesen Standpunkt nicht durchsetzen könne, die Konsequenz ziehen müsse. Reichswirtschaftsminister Schmidt macht dann einige Ausführungen über die Wirtschaftslage des Reiches, die gekennzeichnet sei durch die Passivität der Handelsbilanz. Wollte man die Ausfuhr steigern, so bedinge das eine Erhöhung der Arbeitsleistung. Im Ruhrrevier sei das Überschichtenabkommen zwar zustande gekommen, aber die Ausführung habe nicht die Hoffnungen erfüllt, die man darauf gesetzt habe. Es sei jedoch zu hoffen, daß dieses Überschichtenabkommen, ebenso wie ähnliche, die auch für andere Industrien zu erhoffen seien, bald in höherem Grade Mehrproduktion zeitigen würde.

Nach den Ausführungen des Abg. Stresemann (Deutsche Volksp.) über den Stand der Reparationsfrage gab der Reichskanzler eine ausführliche Darlegung der internationalen politischen Lage und machte dabei auch vertrauliche Mitteilungen über die

Tätigkeit der Regierung in den letzten Wochen und Monaten. Die Regierung habe das Reparationsproblem niemals paßlos, sondern immer aktiv behandelt. Über seine innerpolitische Stellung erklärte Dr. Birth, er sei weder der Kanzler der Arbeitsgemeinschaft noch der Sozialdemokratie. Die Regierung bestehe aus drei Parteien, sie seien die Brücke, auf der er sein Amt als Kanzler führe. Darauf entwickelte der Abgeordnete Hilferding sein Wirtschaftsprogramm.

Nachmittags wurden dann die Besprechungen fortgesetzt und es sprachen noch die Abgeordneten von Kiemer, Koch, Müller-Franken, Kießer und Stresemann. Über das Resultat der Besprechungen verbreitet das amtliche Telegraphenbureau folgende Meldung:

„Nach der Aussprache wurden auf Vorschlag des Reichskanzlers zwei engere Ausschüsse gebildet, von denen der eine die Frage der Devisenordnung, der zweite die weiteren wirtschaftlichen Anregungen, die teils von der sozialdemokratischen Partei, teils von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgegangen sind, behandeln soll. Der erste Ausschuss trat sofort unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammen. Grundlage der Besprechungen bildeten die vom Reichswirtschaftsminister entworfenen Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung. Es wurde zwischen allen vertretenen Parteien eine Einigung erzielt, so daß die Ausführungsbestimmungen in kürzester Zeit veröffentlicht werden können.“

Diese Abänderungen der Devisenordnung beschränken sich, wie eine sozialdemokratische Korrespondenz meldet, auf die Vorschläge, die der Reichswirtschaftsminister selbst gemacht hat, gehen aber in bezug auf die Überwachung der bereits vor Erlass der Devisenordnung abgeschlossenen Devisenlieferungsverträge darüber hinaus. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß man mit Rücksicht auf das Eintreffen der Reparationskommission in Berlin davon absehen muß, die Streitfragen auf die Spitze zu treiben. Sie bestehen jedoch fort und es ist nicht anzunehmen, daß sich die Sozialdemokraten auf die Dauer mit einer dilatorischen Behandlung ihrer Forderungen zufrieden geben werden. In diesem Sinne schreibt denn auch der „Vorwärts“ heute morgen, die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten werde wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen zusammentreten.

Ein Wechsel der Regierung?

dat. Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Zu den gestrigen Verhandlungen, die zwischen Parteiführern und der Regierung stattfanden, meldet die „N. B. Z.“, daß es im höchsten Maße auffallen erreichte, daß nunmehr auch die Sozialdemokraten der Überführung des Überschichtenabkommens auf andere Industrien nicht mehr mit der harten Ablehnung gegenüberstehen und die bisherigen programmatischen Forderungen der Sozialdemokraten nicht mehr so kategorisch unterstrichen werden, wie bisher. Man will aus der Erklärung des Reichswirtschaftsministers erleben, daß diese einen Rest auf den Achtundzestag bedeutet. Am Schluß der gestrigen Besprechung war weiter das Gerücht verbreitet, daß der Reichswirtschaftsminister am nächsten Tag und daß auch von Staatssekretär Dr. Schuler, dessen Plan auf dem Widerstand des Reichsbankpräsidenten hohe, Rücktrittsabsichten laut würden. In ein Weiterbestehen des Kabinetts glaubt mit wenigen Ausnahmen keine politische Partei mehr. Es wird zwar kein Nachfolger genannt, aber man glaubt an ein Ministerium der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Diesem wird der Name des früheren Schatzministers Dr. Kaumer genannt, der als Vertrauensmann der Industrie gilt und der vielleicht die Fähigkeit besitzt, die Nachfolge Dr. Births anzutreten.

Republikanische Kundgebungen am 9. November.

as, Berlin, 27. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Das Kartell republikanischer Verbände, das am 11. August die Verfassungsfeier in Berlin inszeniert hat, plant für den Nachmittag des 9. November auf zwei großen Plätzen in Berlin ein republikanisches Meeting größeren Stils, bei dem Vertreter aller entschiedenen republikanischen Richtungen zu Worte kommen sollen.

aus dem Kolo. Wenn wir noch erwähnen, daß eine primitive Jagd (mit Bernh. Hermann am Schloß) sich produzierte, und die Herren Andra, Mehlner, Kollwitz, Geißel-Winkel und Roeder einen Sängerkreis vorführten, dann haben wir die gebotenen Genüsse beinahe vollständig aufgeführt. Nach diesem Programm wurden die Leute sehr lebenswürdig hinausgemornt, um Platz für die draußen stehenden zu schaffen. Der kleine Saal war als Tanzfläche eingerichtet und stand unter Leitung von Frau Godard-Pindau und Herrn Dr. Wolff von Gordon. Die Kapelle des „Kaiserhof“ konzertierte hier. Schmin und Fortrot waren die Parole. Unterdessen wurde natürlich auch im großen Saal eifrig getanzt. Das gefundene Fest stand unter der Gesamtleitung des Intendanten Dr. Carl Bogemann. Nach dem zahlreichen Besuch steht zu erwarten, daß dem guten Zweck der Unterhaltung der Armen (Monate des Staatstheaters) ein nicht unerheblicher Betrag zugeht.

Aus Kunst und Leben.

* Werthers Todestag. Am 30. Oktober feiert sich der Tag zum 150. Mal, an dem sich in Wehlar Karl Wilhelm Jerusalem, das Urbild von Goethes Werther, infolge dauernder Kränkungen durch seinen Vorgesetzten und eines Stadtklaffes über seine Beziehungen zu einer verheirateten Frau erhängte. Dieser Freitod wurde Goethe Anstoß zum zweiten Teil des Werther. Darin ist auch die Szene enthalten, in der Werther-Jerusalem von seinem Freund Viktoria fordert: „Darf ich Com. Robigeb. wohl zu einer vorabendlichen Zeit um ihre Viktoria gekostet werden?“ Er erhebt die Viktoria, landete sie zum Rückenmacher und ließ sie dort laden. In der Nacht erhängte er sich damit. Die beiden Viktoria sind heute noch erhalten. Wie R. Kautz-Niedel in seinem Buch „Goethe und Jerusalem“ schreibt, befinden sich die Viktoria gegenwärtig im Besitz der Witwe des Historienmalers G. Laves (Hannover). G. Laves war der Urenkel von Johann Christoph Kestner und Lotte Kestner, geb. Bühl. Bis zum Jahre 1867 waren die Viktoria im Besitz des ältesten Sohnes des Kestnerschen Ehepaars, des Archivars R.; nach dessen Tod erhielt sie sein ältester Sohn in Dresden. Im Jahre 1892 gelangten sie in den Besitz des obengenannten G. Laves. Mit den Viktoria zugleich kam auch ein Porträt des Wts Jerusalem ohne Anrede des Malers in die Familie.

Erfassungen des Staatsgerichtshofes.

W. T. B. Leipzig, 26. Okt. Der Staatsgerichtshof hat in der gestrigen öffentlichen Sitzung die Verbote gegen folgende Zeitungen aufgehoben: „Mitteldeutsche Presse“, „Stutturter Tagblatt“, „Hessische Landeszeitung“, „Tanner Anzeiger“, ferner das Verbot gegen die Zeitschrift „Friedens“ und das Verbot des Films „Friedensker“, das Verbot der Verfilmung des Heimatbundes Schießen, Ortsgruppe Schweißnitz, das Verbot des Vereins für Kalenport in Neurudow und das Verbot der Verfilmung des Bismarckbundes in Altona. Verworfen wurden die Beschwerden der Zeitschrift „Nordwest“ und der „Niederdeutschen Zeitung“.

Die Beschwerde gegen das Verbot der Zeitung „Mitteldeutsche Presse“, „Stutturter Tagblatt“, ferner die Beschwerden gegen das Verbot der Verfilmung der Deutschnationalen Volkspartei in Dessau und gegen die Verbote der Ortsgruppe Dabau und Regenwalde sowie des Landesverbandes Bommern des deutschen Jugendbundes Bismarck, endlich die Beschwerde wegen des Bundesbundes der Deutschnationalen Jugendbundes vom August wurden zum Teil verworfen, zum Teil anerkannt.

Beschlüsse des Reichsrats.

W. T. B. Berlin, 27. Okt. Der Reichsrat hat von dem Reichstagsbeschluss über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis Ende Juni 1925 ohne Einspruch Kenntnis genommen. Im Namen der bürgerlichen Regierung erklärte der Generaldirektor, daß Savern aus verfassungsrechtlichen sowie aus außen- und innerpolitischen Bedenken gewichtig hätte, daß die Wahl nicht über Juni 1923 hinausgeschoben würde, aber die schwierige Lage würde und darum seinen Einspruch gegen das Gesetz erhebe. Eine solche Erklärung gab Graf Bohr im Namen einiger Vertreter der preussischen Provinzen ab. Auch mit den Reichstagsbeschlüssen zur Getreidemasse erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Zugestimmt wurde ferner einer Änderung des Volkseinkommens, daß die Entschädigung für verloren gegangene oder beschlagnahmte Lohnte auf 200 M. für das Bund erhöht wird und für Einzelbeschlüssen auf 800 M.

Belastigung einer Entente-Kommission in Passau.

Br. München, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag erschien, wie erst jetzt bekanntgegeben wird, eine Entente-Kommission, bestehend aus einem französischen und englischen Offizier, in Passau zur Vornahme einer Kontrolle der dortigen Reichsmehlmälerei. Die Anwesenheit der Kontrolle wurde bald in der Stadt bekannt, so daß sich vor beiden Toren des Gebäudes eine größere Menschenmenge anstellte, die ihrem Unwillen über die Kontrolle durch Zehlen und Weifen Ausdruck gab und patriotische Rufe laut ließ. Als die Kommission die Kaserne verlassen wollte, wurden auch Steine gegen das Auto geworfen. Dem Eingreifen der Polizei gelang es, die Abfahrt der Kommission ohne schwerere Zusammenstöße mit der erregten Bevölkerung zu sichern. Eine Untersuchung des bedauerlichen Vorganges ist im Gange.

Die Berliner Pressekonferenz zum Fehrenbach-Prozess.

W. T. B. Berlin, 27. Okt. Die Berliner Pressekonferenz faßte zu der Urteilsbegründung im Prozess Fehrenbach gegen 10 Stimmen einen Beschluss, in dem es heißt: Ein Gerichtsverfahren, in dem die Ablehnung eines Sachverständigen für Pressefragen mit der Begründung erfolgen kann, daß das Gericht selbst Sachverständig genug sei, bietet nicht die Rechtssicherheit, unter der allein eine journalistische Tätigkeit möglich ist. Das Besondere an der Urteilsbegründung aber ist der Satz, daß Veröffentlichungen über geheime Waffenlager und bewaffnete Organisationen immer dann als Landesverrat anzusehen seien, wenn ausdrücklich gesagt oder auch nur durch Stillhalteweisen der Anklagen erweist wird, daß die Regierung diese Dinge beabsichtigt. Die Pressekonferenz empört vom Reichsjustizminister eine solche Aussage als eine der Rechtslage und Maßnahmen zur Sicherung der von neuem bedrohten Pressefreiheit.

Beginn des Parteitages der Deutschnationalen.

Br. Götting, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Götting nahm gestern unter harter Beteiligung von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands seinen Anfang. Den Auftakt der Verhandlungen, die bis zum Samstag dauern werden, bildete eine geschlossene Vertreterversammlung, die die heute stattfindenden Verhandlungen, des eigentlichen Parteitages vorbereitete und sich schließlich mit organisatorischen Fragen befaßte. Der Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle, der dem Parteitag vorliegt, stellt ein hartes Anzeichen der Deutschnationalen Volkspartei fest. Die politische Organisation ist auf 10 676 Mitglieder gestiegen.

Das Künstlerfest des Staatstheaters.

Greifhuts Plakate zeigten den Weg und verführten unerbittlich künstlerische Genüsse in einer Fülle, daß einem schon beim Lesen der vielen bekannten und anerkannten Namen Schwindig werden konnte. Fülle herrschte auch bald in den Räumen des Kurhauses, die der Veranstaltung zur Verfügung standen. Im Großen Saal bündigte zunächst eine Festausführung das aktive Amüsenbedürfnis der Gäste. Nachdem die letzten Cantantate der Ouvertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“ verklungen waren, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf das noch leicht veredelte Bild auf dem großen Podium. Erst als die Nachschwächer Cupido, Mars und Venus (die letztere in schillernder Begleitung) durch die Mitte des Saals zum Orkus zurückgeführt waren, öffneten sich die Tore und der Hofstaat Kupiders präzentierte sich im Glanz eines effektvollen Wollensaufbaus. Die amüsierten Vorgänge sollten sich nun in flotten Tempo sehr belustigend ab: die Abreise nach der Unterwelt ging wieder durch die Mitte des Saals. Und dann begann das eigentliche Fest, bei dem den zahlreichen Gästen die Wahl über das zunächst zu Besichtigende etwas schwer gemacht war. Im Vestibül standen Verkaufstände für Erfrischungen, an denen liebenswürdige Künstlerinnen ihres Amtes walteten. Gedrängt voll war baldig eine Selbstliebe, die mit einer auf schwüles Rot abgestimmten Beleuchtung unerhörte Sensationen verbrachte. Aber in der Hauptloge streifte doch alles zunächst zur „Bildten Bühne“ im Weinlokal, deren Pläne schon lange vor Beginn des Programms ausverkauft waren, so daß für 12 Uhr eine zweite Vorstellung angekündigt wurde. Hier teilte sich die beiden Anwohner Dr. Buchsbaum und Bernhard Hermann mit und gegenwärtig über die beste Art, einem Kabarettprogramm die richtigen Stimulanzeffekte zu geben. Daß bei den bewährten Kräften unseres Staatstheaters eine Portraatsfolge vom Stapel fiel, die sich leben lassen konnte, braucht wohl kaum betont zu werden. Einige Namen dürften das weitestläufige zum Ausdruck bringen: Herr Roeder (der unermüdlich am Mikrophon beständige), die Damen Johanna (als Charlotte), Rüd (als melodramatische Portraatskünstlerin), Maubrid (in Tanzdichtungen), die Herren Hoffmann, Scherer und Lange (als Liebeskünstler und Chansonniers), Andriano (als Humorist) und last not least Carl Bagemann selbst (dessen glänzend gemaltet Kopf den Hintergrund des Bühnensbildes) mit pilant pointierten Anekdoten

* Der Ausbau der Zeitungswissenschaft. Die stets wachsende Bedeutung, die die Zeitung im sozialen Leben der Menschheit gewinnt, findet ihren Ausdruck in der stärkeren wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Presse. Es ist in den letzten Jahren eine ganz neue Wissenschaft entstanden, die Zeitungswissenschaft. Gelegentlich einer Besprechung des vorliegenden Werkes des hervorragenden Nationalökonom Ferdinand Tönnies über die „Kritik der öffentlichen Meinung“ weist Conrad Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“ auf diese Entwicklung hin. Unsere Universitäten und anderen Hochschulen beschäftigen sich immer mehr mit dem Zeitungswesen; es werden besondere Lehrstühle über dieses Gebiet erteilt, Seminare errichtet und Abteilungen abgeteilt. So hat neuerdings das Institut für Literatur- und Theaterwissenschaft an der Universität Kiel eine Abteilung für Zeitungswissenschaft eingerichtet, die weiter ausgebaut und eine umfassende Vorrichtung für alle Zweige des Journalismus geschaffen soll. Übungen über Geschichte des Zeitungswesens werden veranstaltet und in einer Arbeitsgemeinschaft eine Kritik der mündlichen und schriftlichen Überlieferungen übernommen. In der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg wurde dem früheren elisavethischen Oberlehrer Wilhelm Kapp ein Lehrstuhl für Zeitungswesen und Publizistik übertragen. An der Universität Leipzig, wo es bereits seit längerer Zeit ein Institut für Zeitungswissenschaft gibt, hat sich sogar ein besonderer Privatdozent für Zeitungswesen habilitiert, nämlich der hiesigretirende Direktor des Leipziger Reichlichen Amts, Walter Schöne. Seine Habilitationsschrift behandelt die Einfluss der periodischen Presse auf die Entstehung und Entwicklung der Staatswissenschaftlichen Literatur, besonders der Statistik.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Professor Carl Roehling, der bekannte Berliner Gelehrte, ist in seiner Villa im Grunewald, zu deren ersten Ansehlern er gehörte, im Alter von 73 Jahren gestorben. Er kaufte zunächst eine Reihe von Illustrationen zu Fouquier's Undine und zu Werken Ernst von Wildenbruch, Ludwig Gumboldt's, W. Raabes und Heinrich Seidels. Später widmete er sich vorwiegend der Malerei. Auch auf dem Gebiet der Architektur war er tätig; verschiedene Bauentwürfe von ihm sind zur Ausführung gekommen, wie auch Modelle für Brunnen und allerlei kunstindustrielle Arbeiten.

Ein Wahlmanifest Bonar Law's.

W.T.B. London, 27. Okt. Der neue Premierminister Bonar Law hat ein Wahlmanifest erlassen, das zugleich ein Parteimanifest ist. Darin erklärt Bonar Law, die Kräfte, die die Wahlentscheidung leiten, haben es unbedingt notwendig gemacht, daß ein sofortiger Appell an das Volk gerichtet werde. Die Nation bedürfe über alles andere Ruhe und Stetigkeit im Innern und nach außen. Auf diese Weise könnte man weit besser als durch irgend eine Aktion der Regierung hoffen, sich von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges zu erholen. Im gegenwärtigen Augenblick sei das höchste auswärtige Interesse, nicht allein Großbritannien und des britischen Reiches, sondern der ganzen Welt, die Wiederherstellung des Friedens.

In allen auswärtigen Beziehungen — so lautet das Manifest weiter — beobachten wir einen geraden Weg zu verfolgen und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, zugleich fest entschlossen, unsere Verpflichtungen nicht auszuweiten und, falls sich eine angemessene Gelegenheit bietet, sie einzukürzen. Es ist meine persönliche Hoffnung, daß unter der geleiteten Führung des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten die Verhandlungen für die Regelung der Orientfrage zu einem wahren und dauernden Frieden führen werden. Das erste Ziel der britischen Politik wird sein, dem Völkern Ruhe und tatkräftige Unterstützung zu gewähren. Die Aufrechterhaltung der Freundschaft und des guten Einverständnisses mit den Vereinigten Staaten muß stets ein Hauptziel der britischen Politik sein.

Zusammentritt des neuen Parlaments am 20. November

W.T.B. London, 27. Okt. Die gestern veröffentlichte königliche Proklamation, durch die das Parlament aufgelöst wird, kündigt den 20. November als den Tag des Zusammentritts des neuen Parlaments an.

Das italienische Kabinett zurückgetreten.

W.T.B. Rom, 27. Okt. (Havas.) Das Kabinett de Facta ist zurückgetreten unter der Drohung der Fasisten, welche die Teilnahme an der Regierung verlangen und die Mobilisierung aller fasistischen Abteilungen Italiens angeordnet haben. Die Lage in Rom wird jedoch optimistisch betrachtet. Man sieht die Bildung eines Ministeriums Orlando oder Giolitti voraus.

In Italien haben die Fasisten einen unblutigen Sieg errungen. Die Drohungen mit einem Marsch nach Rom, wenn das Kabinett de Facta nicht zurücktrete, haben dieses Kabinett zurechtgerückt, seine Demission einzureichen. In dem gestern abgehaltenen Kabinettsrat erklärten sämtliche Minister, sie seien nicht in der Lage, ihre Portefeuilles beizubehalten. Seit Mussolinis großer Programmspreche in Neapel, leitete der fasistentreue Giolitti und Ritti, leitete über das Schicksal des Kabinetts de Facta kaum noch Zweifel. Nun hat Mussolini gefiegt. Gestützt auf die eigene Disziplin seiner stark organisierten Partei, auf die eine Aktion durchgeföhrt, die sich eine Stärkung der Staatsautorität in extrem-nationalistischem Sinne zum Ziele setzte. Ein neues Kabinett Giolitti unter maßgebender Beteiligung der Fasisten scheint so gut wie gesichert zu sein.

Prinz Andreas von Griechenland verhaftet.

W.T.B. London, 27. Okt. Reuter meldet aus Athen, daß Prinz Andreas von Griechenland im Zusammenhange mit dem militärischen Zusammenbruch Griechenlands verhaftet worden ist.

August Thyssen gegen den Achtstundentag.

Bh. Berlin, 26. Okt. Der bekannte rheinische Großindustrielle August Thyssen, der gleich dem Reichsfasler politisch einen Brief gerichtet, in dem er sich sehr scharf gegen die unterschiedslose Einführung des Achtstundentages auspricht. Der Achtstundentag sei das Unheil, das die Revolution Deutschland bringen konnte. Deutschland sei durch den verlorenen Krieg und durch die ihm auferlegten Reparationen verarmt. Nur eine erhöhte Gütererzeugung könne Deutschland aus dieser Not führen, und dazu sei eine Verlängerung der Arbeitszeit unerlässlich. Fast alle denkenden Männer der Politik und der Wirtschaft und selbst die maßgebenden Führer der Arbeiterbewegung seien davon durchdrungen, daß Deutschland ohne Mehrarbeit nicht wieder hochkommen könne. Wenn diese Einsicht vorhanden sei, müsse man aber auch den Mut aufbringen, die Idee in die Tat umzusetzen. Thyssen bittet den Reichsfasler schließlich, sich an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen.

Auch die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrums-Partei, spricht von einer „Kauflust“, die durch das deutsche Volk gehe. Man dürfe unter keinen Umständen starr an dem Achtstundentag festhalten.

(28. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Das Auge Wischnus.

Roman von Matthias Blant.

„Ja! Ich gehe mit! Ich kann nicht mehr hier bleiben. Aber Sie — wer sind Sie, daß Sie so viel wissen?“

„Die Tochter — die Stieftochter Ihrer Mutter, Mir hat sie all ihr Leid gestiftet — ich weiß, wie Sie ins Elend geraten sind — und ich habe Sie nicht verurteilen können, sondern glaube an das Gute, das in Ihnen schlummert.“

„Bin ich noch so viel Vertrauen wert!“

„Beweisen Sie es durch Taten. Jetzt aber gilt es die Mutter zu retten.“

„Ich komme mit, ich muß zu ihr, muß ihr helfen.“

Er stülpte eiligst seinen Hut auf und folgte Irma, die voran ging. Er dachte nicht daran, daß er dem Wirt oder der Kellnerin eine Aufklärung geben müßte, um sich seinen mühsam erworbenen Verdienst nicht zu verschmerzen. Er hatte alles andere vergessen, er dachte nur an die Mutter, die um seinetwillen litt und der er Hilfe bringen mußte.

XXI.

Die Verhaftete blieb auf alle Fragen bei der Erklärung, daß sie in der Nacht eine Unterredung mit ihrem Sohne aus erster Ehe gehabt habe, die deshalb heimlich stattfand, weil niemand von ihm etwas wissen sollte. Und weil sie ihn nicht zweifels in die Untersuchung ziehen wollte, deshalb sei es ihr nicht nötig erschienen, davon zu sprechen.

Der Staatsanwalt hatte für die Abendstunde dieses Tages den Kriminalkommissar Schwend in seine Privatwohnung bestellt, um sich alles noch berichten zu lassen.

Doktor Henning hatte es sich bereits bequem gemacht, er trug einen Hausrock mit bunten Schnüren

Wiesbadener Nachrichten.

Der Kampf um die Wertzuwachssteuer.

Man schreibt uns: In der Stadtverordneten-Versammlung hielt sich seit März d. J. ein stiller, aber um so zäherer Kampf zwischen der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat ab, um die neue Wertzuwachssteuerordnung. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung, in welcher der Gegenstand wieder zur Beratung stand, wurde die Beschlussfassung ausgesetzt und die Versammlung geschlossen, weil die Minderheit gegen die abermalige Vertagung beständig demonstrierte.

Die Öffentlichkeit hat sich mit dieser Frage noch recht wenig beschäftigt, vermutlich, weil sich die wenigsten über die Tragweite der Angelegenheit klar sind. Die Vertreter des Hauses- und Grundbesitzes, die immer noch die Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung hinter sich haben, abgesehen das Hausbesitzerprivileg nicht mehr besteht, vertreten ungefähr folgenden Standpunkt: Sie sagen: „Der Hausbesitzer hat das Haus früher zu Goldmark gekauft. Wenn er es jetzt zu Papiermark wieder verkauft und nach dem nominalen Kaufpreis anscheinend einen großen Gewinn erzielt, so ist jedoch in Wirklichkeit dieser Gewinn nur ein Scheingewinn, denn wenn man den wirklichen Wert des Hauses in Papiermark umrechnen würde, so würde sich ein weit höherer Wert für das Haus ergeben. Der Scheingewinn stellt sich demnach in Wirklichkeit als Verlust heraus, und es ist ungerecht, daß der Hausbesitzer außer dem Verlust, den er erleidet, noch eine mehr oder weniger hohe Wertzuwachssteuer bezahlen soll.“ Diese Beweisführung klingt bestechend, und trotzdem ist sie in den weitesten Kreisen nicht zureichend. Denn die Regel war im Frieden, daß der sogenannte Hausbesitzer nur einen geringen Bruchteil des Goldmarkwerts tatsächlich in Goldmark bezahlt hat. Der weitaus größte Teil des Hauses — in der Regel 80 bis 90 Prozent — war von Hypothekengeldern mit Hypothekensatzung bezahlt worden, und diese Hypotheken hat der Hausbesitzer beim Kauf des Hauses mitübernommen. Wenn der Kaufpreis, wie er jetzt in Papiermark bezahlt wird, zwischen dem Hauseigentümer und dem Hypothekengläubiger in dem Verhältnis, in dem sie seinerzeit dem Wert des Hauses in Goldmark aufgebracht haben, geteilt würde, so wäre die Beweisführung des Hausbesitzers richtig. Es ist aber bis jetzt noch kein Fall bekannt geworden, daß ein Hausbesitzer seinem Hypothekengläubiger den entsprechenden Anteil an dem Papiermarkgewinn abtreten hätte; im Gegenteil, die Hypothekengläubiger sind in sehr vielen Fällen in Papiermark für ihre Hypothekensatzung ausgezahlt worden. Die Teilung erfolgte daher in der Weise, daß der Hausbesitzer den ganzen Papiermarkgewinn in seine Tasche steckte, während der Hypothekengläubiger den ganzen Papiermarkverlust zu tragen hatte. Wenn beispielsweise im Frieden ein Haus von 100 000 M. Wert mit 10 000 M. Anzahlung gekauft worden ist, während 90 000 M. als Hypothek auf dem Haus stehen blieben, und daselbe Haus wird jetzt für 1 Million wieder verkauft, so erhält der Hausbesitzer für seine Anzahlung von 10 000 M. einen Papiermarkgewinn von 90 000 M., während der Hypothekengläubiger für seine 90 000 M. Goldmark mit 90 000 M. in Papiermark abgefunden wird. Man kann nicht behaupten, daß diese Gewinnverteilung gerecht wäre. Der Hausbesitzer wird zwar immer noch behaupten, daß er in Goldmark umgerechnet, einen Verlust erlitten habe. Aber jeder der die Verhältnisse nicht mit den Augen eines Hausbesitzers betrachtet, muß doch zugeben, daß dieser einen großen Teil seiner Goldmarkbereitschaft vor früher in die frühe Papiermarkflut von heute mit verübergelassen hat. Im Vergleich zu der Betrugung, die den weitaus größten Teil unseres Volkes betroffen hat, im Vergleich behauptet, daß er in Goldmark umgerechnet, einen Verlust erlitten habe, ist dem Hypothekengläubiger, der kein doch auch gutes Geld in vermeintlich minderbewerteten Werten anlegt hat, oder anderen braven Staatsbürgern, die ihr Geld in ebenfals angeblich minderbewerteten Kriegsanleihen, Staats- oder kommunalen Anleihen oder Hypothekendarlehen anlegt haben, daß der Hausbesitzer relativ einen tatsächlich großen Vermögensgewinn erzielt, der noch dazu in barem Geld ausbezahlt wird. Da die Gemeinden, wie jedermann weiß, Geld brauchen, ist es demselben nicht zu verargen, wenn sie diese günstige Gelegenheit der Besteuerung ergreifen und ihren Anteil an diesem Papiermarkgewinn beanspruchen.

Noch ein anderes Moment ist nicht außer acht zu lassen. Die meisten Käufer, die diese hohen Werte in Papiermark bezahlen, sind Ausländer, die auf diese Weise — in ihre Währung umgerechnet — für einen Hof und ein Stück Brot, wie man zu sagen pflegt, große Teile des deutschen Grundbesitzes an sich reißen. Wenn auch ausreicht diese Häuser, in ausländische Währung umgerechnet, eine Rentabilität nicht erzielen, so rechnen ihre Besitzer doch damit, daß die Verhältnisse wieder einmal anders werden, daß die Aktien der Wert der Markt sich wieder hebt, oder daß die Aktien sich der Geldentwertung anweisen und damit rasche Reize gewinnen. In beiden Fällen oder noch mehr in einer Kombination beider Fälle wird ein reicher Gewinn. Da die Besitzer die Häuser billig gekauft haben, können sie warten: die Ernte reißt nie leicht los, aber dafür um so besser. Wer

und helle Lederhose; er lehnte in einem Stuhl und sah den Rauch einer Zigarette nach. Gleichgültig erklärte er:

„Das ist eine Ausrede, wie wir sie immer zu hören bekommen. Weshalb durfte von diesem Sohn aus der ersten Ehe niemand wissen? Und wenn sie wirklich überzeugt war, daß der Eingelassene völlig unteilhaft sei, dann konnte sie doch darüber sprechen.“

„Sie hielt es nicht für nötig, da es sich nur darum handelte, den Mörder zu entdecken; und ihr Sohn konnte doch nicht als verdächtig gelten.“

„Da hat sie das Gegenteil von dem getan, was kluge Menschen gewählt haben würden. Nachte sie keinen Versuch, etwas zu verbergen, als Sie sie auf-forderten, Ihnen nach dem Untersuchungsgefangnis zu folgen?“

„Nein! Sie blieb ruhiger, als ich dachte.“

„Sie haben sich den Namen und die Adresse dieses Sohnes aus erster Ehe geben lassen? Haben Sie diesen nicht am Abend noch aufgesucht und befragt?“

„Das konnte ich nicht, denn sie wußte nicht, wo er zu finden sei, noch wo sich seine Wohnung zurzeit befindet.“

Mit ironischem Lächeln antwortete Doktor Henning:

„Damit sind wir bei dem großen Unbekannten, von dem alle Angeklagten erzählen. Den Sohn aus ihrer ersten Ehe will sie eingelassen haben, von dem sie nun nicht einmal anzugeben vermag, wo er zu suchen sein soll. Mir scheint, daß wir ihn finden müssen. Dann haben wir den Mörder. Es ist gut, daß Sie den Haftbefehl sofort vollzogen haben, denn sicher würde sie ihn gewartet haben. Ich will mir morgen die Verhaftete vorführen lassen, um zu hören, was sie mir über den unbekannten Sohn zu erzählen weiß!“

Ganz ruhig blieb Doktor Henning indessen doch nicht, als der Kommissar Schmend gegangen war, der ihm vorher noch die Szene, die sich zwischen Mutter

den Ausländern, später diese Gewinne bezahlt, das ist der Mieter, das ist die deutsche Volkswirtschaft. Der Deutsche wird also dem Ausländer nicht nur in Bezug auf die Reparationsverpflichtungen, sondern auch in Bezug auf seinen eigenen Grund und Boden tributpflichtig. Deshalb ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu begrüßen, wenn durch Erhebung einer hohen Wertzuwachssteuer, die unter diesem Gesichtspunkt gar nicht hoch genug sein kann, der Anreiz zu den jetzigen Valuta-Verkäufen gebrochen wird. In verschiedenen Staaten war schon im Frieden aus allgemeinem volkswirtschaftlichen Gründen die Verkaufslosigkeit an Ausländer beschränkt. Auch nach dem Krieg ist diese Beschränkung aufrecht erhalten geblieben. Um so mehr können sich die Ausländer auf diejenigen Staaten, in denen diese Beschränkung nicht vorliegt. In Wiesbaden sollen nach einem Bericht in der Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer in Karlsruhe 30 Prozent des Hausbesitzes bereits in ausländischen Händen befinden. Die Ausländer werden verstehen, daß diese Entpöpfung von den Einheimischen, so weit sie nicht finanziell dabei interessiert sind, mit sehr ernsten Augen betrachtet wird. Deshalb ist zu hoffen, daß das letzte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen sein wird.

— Erhöhung der Gasmessemiete. Für jeden Haushalt und Gewerbetreibenden ist bekanntlich ein Gasmesser meist. Die für jeden weiteren Gasmesser zur Erhebung gelangende monatliche Miete mußte vom Verbrauchsmonat Oktober ab auf das 15fache des Friedenspreises erhöht werden, bedingt durch die weitere Erhöhung der Gasmesser- und Reparaturkosten, die jetzt mehr als das 500fache der Friedenspreise betragen.

— Witte Viehhändler. Infolge der anhaltenden Preissteigerung für Vieh und Fleisch nimmt der „Witte“ Handel nach amtlichen Feststellungen in großem Umfang zu und trägt dadurch zu weiteren erheblichen Verteuerungen des Viehs bei. Im Interesse des soliden Viehhandels sind jetzt die Viehhändler der Kreise angewiesen worden, auf den nichtkonfessionierten Viehhandel ihr besonderes Augenmerk zu richten und gegen diese Art Händler mit aller Energie vorzugehen.

— Entscheidungen zur Nachkriegswirtschaft. Zur Nachkriegswirtschaft werden verschiedene wichtige Urteile des Reichsgerichts vom Reichswirtschaftsministerium den Preisprüfungsstellen mitgeteilt. Der Abfall der Werte vom Großhändler an Großhändler ist Kettenhandel, auch wenn ein anderes Bedarfsbedürfnis beliefert wird, sofern im eigenen Bedarfsgebiet die Möglichkeit des Abfalls im Kleinhandel besteht. Gegenstände des Kriegsbedarfs verlieren diese Eigenschaft, sofern sie für Kriegs- oder Heereszwecke nicht mehr benötigt werden. Zum Begriff des Kettenhandels wie zum Begriff der unlauteren Nachschaffung überhaupt gehört nicht Eigentum. Das Verbot, durch unlautere Nachschaffung die Preise zu steigern, wendet sich nicht nur an den Gewerbetreibenden oder an den Kaufmann; eine unlautere Nachschaffung liegt auch vor, wenn in Ausübung dienstlicher Befugnisse die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Not auf unredliche Weise ausgenutzt wird, um die Allgemeinheit zu schädigen. Hieran schließt sich eine Entscheidung des Kammergerichts: Eine Magistratsverordnung, die den Genehmigungsantrag für den Handel mit Möbeln vorkreuzt, ist rechtsungültig.

— Die Honorierung der Kassenzur. Die Verhandlungen im preussischen Ministerium für Volkswirtschaft zwischen den Hauptverbänden der Ärzte und Krankenkassen haben ergeben, daß das Verlangen der Kassenzur nach einer halbjährigen Besoldung für die geleistete Tätigkeit berechtigt ist. Zwischen den Kassenzurverbänden und dem Wirtschaftlichen Verband deutscher Kassenzur ist vereinbart worden, daß die Krankenkassen in Zukunft die sachverständigen Kassenzur monatlich bezahlen oder sofort nach Monatsabschluss eine angemessene Abkühlungsabgabe leisten. Dem Vernehmen nach ist ein ähnliches Abkommen bezüglich der Kassenzur in Abregung gebracht worden. Erforderlichenfalls wird die Staatsregierung unverzüglich ihre weitere Vermittlung anbieten.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Mittwöchige 1. Abteilung: 400 000 M.: 367 647. 30 000 M.: 284 727. 15 000 M.: 297 441. 367 189. 10 000 M.: 57 082. 286 308. 5 000 M.: 31 480. 48 094. 84 744. 107 530. 121 621. 174 079. 286 848. 329 531. 358 002. 360 793. 2. Abteilung: 100 000 M.: 126 346. 345 570. 5 000 M.: 8177. 42 172. 46 708. 75 086. 106 489. 123 113. 168 402. 207 599. 207 840. 211 169. 193 265. 374 911. 3. Abteilung: 10 000 M.: 260 155. 30 000 M.: 313 801. 15 000 M.: 353 400. 10 000 M.: 97 383. 5 000 M.: 4915. 20 603. 35 608. 47 401. 172 426. 226 284. 230 011. 255 218. 274 917. 298 083. 326 517. 368 986. (Ohne Gewähr.)

— Zur Verwendung der Steuermarken teilt uns das hiesige Finanzamt mit, daß nach einem neueren Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen Einkommensteuermarken zu höheren Werten, z. B. 500 M., 1000 M. und 2500 M. aus besonderen Gründen vorerst nicht auszugeben werden. Den größeren Betrieben, Gewerkschaften, Geschäftsinhabern und sonstigen Arbeitgebern usw., welche eine

und Tochter bei der Verhaftung abgespielt hatte, ausführlich schilderte.

Der Haftbefehl beschäftigte ihn lebhafter, als er es wünschte. Hatte er nicht doch zu rasch gehandelt? Aber warum hatte sie geschwiegen? Warum sie sich zu dieser Erklärung erst nötigen lassen? Wenn sie sich frei gefühlt und das Bewußtsein von der Unschuld des Sohnes gehabt hätte, würde sie auf keinem Fall geschwiegen haben. Ebenso bedenklich erschien es, daß sie als die Mutter nicht wissen sollte, wo der Sohn wohnt. Das waren doch merkwürdige Verhältnisse, und sie hatte sicher die Wohnung des Sohnes nicht angegeben, damit er nicht entdeckt und Zeit zur Flucht hatte. Wer mochte dieser Sohn aus erster Ehe sein, der heimlich zu ihr ins Haus kam? Er hatte vielleicht eine Vergangenheit, die eine solche Tat selbstverständlich machte. Er wollte gleich morgen früh Erkundigungen über diesen Sohn einziehen; vielleicht gelang es noch, ihn festzunehmen. Daß sie den Sohn vielleicht selbst der Tat beschuldigte, ihn aber, da sie die Mutter war, doch schützen wollte, das ließ ihr Schweigen am ehesten erklärlich erscheinen. Das war die Lösung, und Wisent würde sich nun bald überzeugen müssen, daß mit Überlegen und Zögern nichts erreicht zu werden vermochte, daß rasches, entschlossenes Zugreifen eher zum Erfolg und Ziel führen würde.

Da trat nach kurzem Anpochen seine Zimmervermieterin ein und erklärte auf seinen fragenden Blick:

„Herr Doktor, eine junge Dame ist da, die zu Ihnen will. Ich wollte erst fragen, ob ich sie auch hereinführen soll?“

Erstaut blickte Doktor Henning auf seine Hausfrau und fragte:

„Eine junge Dame? Es ist zwar spät, aber — natürlich.“

Er zog die Schultern hoch und erhob sich. Seine Gedanken jagten sich.

(Fortsetzung folgt.)

größere Zahl von Angestellten und Arbeitern beschäftigen, wird empfohlen, möglichst von einer Verwendung von Steuermarken beim Steuerabzug vom Arbeitslohn Abstand zu nehmen und den einbehaltenen Steuerbetrag in bar oder durch Bank- oder Postchecküberweisung an die Finanzkasse — Postfachstr. 25 — abzuführen. Zu diesem Verlaßten ist vorher schriftlich die Genehmigung des Finanzamts einzuholen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer muß im Antrag angegeben werden. Die Finanzkasse hat Reichsbank Girokonto und Postcheckkonto: Frankfurt a. M., Nr. 29324.

— Güterabholung. Wegen des starken Herbstverkehrs dürfen am nächsten Sonntag, den 29. Oktober, Güter wie an Werktagen an Gütergruppen in Wiesbaden-Süd abgeholt werden.

Bereinigste Einkommensteuererklärung? Eine Vereinfachung der Vorbrude für die Einkommensteuer verlangt der Deutsche Industrie- und Handelsstag. Die Vorbrude der Landesfinanzämter sind sehr verschieden. Vielfach umfassen sie nicht weniger als 8 Druckseiten und legen dem Steuerpflichtigen so zahlreiche, bis ins einzelne gehende Fragen vor, daß die Ausfüllung sehr zeitraubend war. Eine ganze Veranlagung wird nach der Reimung des Handels Jassers durch eine möglichst kurz gefaßte, übersichtliche und leicht verständliche Fassung erreicht. Die Ausfüllung der vielen Fragen bringt auch Verzögerungen mit sich, ganz abgesehen von den Papier- und Druckkosten. Der Reichsminister der Finanzen wird deshalb ersucht, einen einheitlichen Vorbrud einzuführen. Empfohlen wird der vom Landesfinanzamt Karlsruhe zuerst verwendete, der sich auf zwei Seiten beschränkt.

— Eine Arbeitsnachweis-Konferenz. Auf Veranlassung des Landesamts für Arbeitsnachweis in Oeffen, Hessen-Nassau und Waldeck fand am Samstag, den 21. Oktober 1922, im Stadtverordnetenitzungssaal des Rathauses eine Konferenz der Leiter der öffentlichen Arbeitsnachweise in Gemeinschaft mit den Vertretern der Regierung und der in Frage kommenden Stadt- und Landkreise statt. Nach einleitenden Begrüßungsworten von Herrn Regierungsrat Welter in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Herrn Regierungspräsidenten und von Herrn Stadtrat Höllein in Vertretung der Stadtgemeinde Wiesbaden referierte Herr Direktor Sietter vom Landesamt über den Inhalt und die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes, insbesondere wurde in der sich daran anschließenden Diskussion die praktische Auswirkung des Gesetzes hinsichtlich Errichtung bzw. Überführung der bestehenden Arbeitsnachweise im Regierungsbezirk Wiesbaden besprochen. Man war sich dabei grundtätlich darüber einig, daß angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften keine Einrichtungen geschaffen werden sollen, die einer tragfähigen und wirtschaftlichen Grundlage entbehren. Für den engeren Wirtschaftsbereich hielt man insbesondere die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweisamts, umfassend die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Rheingau und Unterraunus, für durchaus zweckmäßig und notwendig. Im Anschluß daran vertheilte sich Herr Stadtrat Höllein eingehend über die Spezialfragen des Arbeitsnachweisgesetzes, insbesondere über die Neuerrichtung von Fachabteilungen und über die Methoden der Vermittlungstätigkeit. Auch hier war man sich einig darüber, daß die bisherigen Arten der Vermittlungsmethoden, wie sie im Interesse der Wirtschaft und im Hinblick auf die größtmögliche Förderung des Produktionsprozesses gebraucht werden, erhalten bleiben müssen, damit der öffentliche Arbeitsnachweis, so wie ihn das Gesetz namentlich geschaffen hat, auch ein wirtschaftlich brauchbares Instrument in unserer heutigen Zeit wird und sich nicht zu einer bürokratisch funktionierenden Behörde entwickelt.

Nassauische Landesbibliothek. Durch Massnahmenbeschluss sollen vom 1. November an die Benutzergebühren an der Nassauischen Landesbibliothek herabgesetzt werden. Es wird alsdann eine Jahreskarte 60 M., eine Halbjahreskarte 40 M. und der Einzelband 2 M. kosten. Nichtinhaber von Dauerkarten müssen für die Benutzung des Lesesaals folgende Karten lösen und zwar Jahreskarten zu 30 M., Halbjahreskarten zu 20 M., Monatskarten zu 12 M. oder Tageskarten zu 2 M.

Zäffer
ind. Halbstude, auch
and. Größen neu u.
braucht. zu verkaufen.
H. Grünfeld,
Schwarbhorststraße 26.

Photo-Apparat
× 12) oder 6½ × 9)
laufen gelocht.
Ernst Bühner,
Kleine Kirchgaſſe 4.
zwei Regulieröfen
t Rohz gel. Rohlhaas,
Eiſenſtraße 19.

Altbau
. Dofflein, In F

Stallationswerk
Piedridistr. 53.

Spezial
em. Sanatoriumschef, ap
f. Haut-, Geschlechts-
Urolog. **Moritzstr.**
Institut
Von 11—1 u. 6—7 abe

larzi
 rob. im Ausland,
 und Frauenhelden,
 t. 52 [Parterre]
 ds. Saunt. 11—1.

10

